

Antrag

der Abgeordneten Jens Beeck, Otto Fricke, Dr. Lukas Köhler, Michael Theurer, Johannes Vogel (Olpe), Carl-Julius Cronenberg, Pascal Kober, Till Mansmann, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Nicole Bauer, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Sandra Bubendorfer-Licht, Dr. Marco Buschmann, Britta Katharina Dassler, Christian Dürr, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Peter Heidt, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Reinhard Houben, Dr. Christoph Hoffmann, Ulla Ihnen, Karsten Klein, Dr. Marcel Klinge, Konstantin Kuhle, Michael Georg Link, Oliver Luksic, Dr. Martin Neumann, Dr. h. c. Thomas Sattelberger, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Frank Sitta, Judith Skudelny, Dr. Hermann Otto Solms, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Katja Suding, Linda Teuteberg, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen, Dr. Florian Toncar, Dr. Andrew Ullmann, Gerald Ullrich, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Steuerliche Entlastung von Menschen mit Behinderung

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. In Deutschland gibt es mehr als 7,6 Millionen Menschen mit einem Grad der Behinderung von mindestens 50 (GdB 50). Menschen mit einer Schwerbehinderung erleben behinderungsbedingte Nachteile und haben Mehraufwendungen, die sie an einer gleichberechtigten und umfassenden Teilhabe hindern.

Um diese Nachteile und Mehraufwendungen auszugleichen, gibt es verschiedene rechtliche Ansprüche beispielsweise beim Wohngeld, bei Rundfunkgebühren, bei Parkplätzen, bei Kfz-Kosten oder auch im Steuerrecht, Rentenrecht und auch in Arbeit und Beruf.

Nach § 33b des Einkommensteuergesetzes (EStG) können Menschen mit Behinderung behinderungsbedingte Mehraufwendungen für die Hilfe bei den gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen des täglichen Lebens, für die Pflege und für einen erhöhten Wäschebedarf geltend machen. Die Sonderregelung des § 33b EStG eröffnet den Berechtigten die Möglichkeit, ihre Mehraufwendungen ohne konkreten Nachweis im Rahmen der Pauschbeträge geltend zu machen. Alle darüber hinausgehenden weiteren außergewöhnlichen behinderungsbedingten Belastungen können mit Einzelnachweis gemäß § 33 EStG geltend gemacht werden.

Der Pauschbetrag, der in der Höhe seit 1975 unverändert ist, knüpft an einen GdB 50 an und kann unter bestimmten Voraussetzungen auch für einen GdB zwischen 25 und 45 genutzt werden. Die Unterscheidung ist entweder an z. B. Rentenbezüge aufgrund der Behinderung oder an geforderte dauernde Einbußen der körperlichen Beweglichkeit gebunden. Diese Unterscheidung ist nicht gerechtfertigt.

2. Auch die Preisentwicklung seit 1975 macht es erforderlich, den Pauschbetrag anzuheben. Wenn allein nur die statistischen Daten ab 1991 zugrunde gelegt werden, ist der Handlungsbedarf offensichtlich:

So haben sich die Preise für medizinische Erzeugnisse, Geräte und Ausrüstungen allein seit Beginn der 1990er Jahre mehr als verdoppelt. Dies gilt insbesondere auch für therapeutische Geräte und Ausrüstungen. Die Preise hierfür sind im Zeitraum von 1991 bis 2019 um rund 90 Prozent gestiegen. Der Preisanstieg für Bekleidung und Schuhe wie auch für Möbel, Leuchten und Haushaltszubehör lag im selben Zeitraum auch bei immerhin rund 21 bzw. rund 24 Prozent (vgl. Destatis, Verbraucherpreisindex: Deutschland, Jahre, Klassifikation der Verwendungszwecke des Individualkonsums).

Die Preisentwicklung am deutschen Strommarkt und die entsprechende Belastung der Bürger hat in den letzten Jahren deutlich zugelegt: Zwischen 2009 und 2019 sind die durchschnittlichen Kosten pro Kilowattstunde für Haushalte um ca. 30 Prozent auf 30,43 Cent pro Kilowattstunde gestiegen; seit 2006 sogar um mehr als die Hälfte. Im europäischen Vergleich liegt Deutschland damit an der Spitze (der Durchschnitt lag 2018 bei ca. 21 Cent je Kilowattstunde) und auch bei der Stromsteuer mit 2,05 Cent weit über dem europarechtlichen Minimum von 0,1 Cent pro Kilowattstunde.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

einen Gesetzentwurf zur Änderung des Einkommensteuergesetzes vorzulegen,

1. um den Pauschbetrag Menschen mit Behinderungen zu gewähren, deren Grad auf mindestens 25 festgestellt ist und entsprechend die in § 33b Absatz 2 Nummer 2 des Einkommensteuergesetzes genannten beschränkenden Voraussetzungen aufzuheben,
2. die in § 33b Absatz 3 des Einkommensteuergesetzes genannten Pauschbeträge deutlich anzuheben und zukünftig zu dynamisieren.

Berlin, den 5. Mai 2020

Christian Lindner und Fraktion

Begründung

Die durch das Einkommensteuerrecht abgedeckten und von den Finanzämtern anerkannten behinderungsbedingten Mehraufwendungen decken nur teilweise die tatsächlichen Kosten von Menschen mit Behinderungen ab. Zudem wurden durch das neue Recht auf Teilhabe in den unterschiedlichsten Lebensbereichen neue individuelle Entwicklungen möglich, an die 1975 noch nicht zu denken war.

Nicht nur die rechtliche Grundlage für die Beurteilung notwendiger staatlicher Unterstützung hat sich massiv verändert. Mit der Ergänzung des Grundgesetzes in Artikel 3 Absatz 3 Satz 2 GG („Niemand darf wegen seiner

Behinderung benachteiligt werden“) vor 25 Jahren und dem Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland vor mehr als zehn Jahren ist Deutschland weitreichende Verpflichtungen eingegangen.

Die an den GdB 25 bis 45 geknüpften Einschränkungen und die Verknüpfung mit der körperlichen Beweglichkeit führen zu einer Benachteiligung von Menschen mit psychischen Erkrankungen oder auch von Menschen mit neurologischen Entwicklungsstörungen wie Autisten und Epilepsie. Diese Einschränkungen sind diskriminierend und sind daher aufzuheben.

Die seit 1975 nicht angepassten Pauschbeträge müssen deutlich angehoben und zukünftig dynamisiert werden. Denn die Mehraufwendungen unterliegen seit mehreren Jahrzehnten Preissteigerungen, die durch den unveränderten Pauschbetrag definitiv nicht aufgefangen werden.

